

Beschluss der MV am 28.01.2016

Asyl und Integration - So schaffen wir das!

AntragstellerInnen: Arbeitskreis Frieden und Gerechtigkeit

Laut aktuellen Schätzungen sind im Verlauf des letzten Jahres rund eine Million Flüchtlinge nach Deutschland gekommen.

Katastrophen, Verfolgung, Hunger, Gewalt und Krieg sind Fluchtursachen. Aufgrund der katastrophalen Situation der Flüchtlinge in den Auffanglagern an den Grenzen zu den Konfliktstaaten im Nahen und Mittleren Osten kommen die schutzsuchenden Menschen seit Monaten auch verstärkt in die EU und nach Deutschland.

Das aussichtslose Elend der Menschen in diesen Lagern sowie die unmenschlichen Entwicklungen in Diktaturen wie Eritrea oder Burundi wurden von der westlichen Staatengemeinschaft jahrelang weitgehend ignoriert. Viele Flüchtlinge würden in den Auffanglagern der Anrainerstaaten bleiben, wenn es dort eine angemessene Versorgung mit Lebensmitteln, Trinkwasser und medizinischen Gütern gäbe. Deswegen müssen die europäischen Regierungen auf der Ebene der Vereinten Nationen eine Erhöhung der Gelder für die **UN-Hilfsorganisationen** erwirken.

Die Fluchtbewegungen sind inzwischen so enorm, dass es keine ausreichenden Registrierungsstellen an den EU-Außengrenzen gibt, um den Andrang zu bewältigen. Wir müssen feststellen, dass das Dublin-Abkommen, das die Bewältigung von Fluchtbewegungen den meistens ärmeren südlichen EU-Staaten zuschiebt, gescheitert ist. Zugleich sehen wir, dass **Abschiebungen** ins Elend, egal welcher Art, rechtlich und ethisch problematisch und mit der Menschenwürde nicht vereinbar sind. Für Humanität darf es keine Obergrenze geben. Darüber hinaus ist Deutschland eines der reichsten Länder der Welt und trägt, z.B. durch seine Wirtschafts- und Entwicklungspolitik, zu den **Fluchtursachen** bei. Deswegen treten wir rechtspopulistischen sowie einfach und bequem formulierten Lösungsvorschlägen mit Sachlichkeit und Menschlichkeit entgegen.

Das im internationalen Recht, im EU-Recht und im Grundgesetz verankerte **Grundrecht auf Asyl** ist gerade mit Blick auf die deutsche Geschichte besonders schützenswert und darf nicht ausgehöhlt werden.

Wir sehen die Integration der Flüchtlinge auch als große Chance für die nachhaltige Weiterentwicklung unserer Volkswirtschaft und zur Aufrechterhaltung der durch die demographische Entwicklung betroffenen Sozialsysteme. Zugleich fordern wir bei der Bewältigung der akuten Unterbringungsprobleme neben dem verstärkten Ausbau des sozialen Wohnungsbaus die **europäische Solidarität** ein. Dies ist ein Grundwert der europäischen Einigung. Die Flüchtlinge müssen sinnvoll auf alle Mitgliedsstaaten verteilt werden. Dazu müssen die EU-Regierungen dringend mit gutem Willen zusammenkommen und einen gerechten Verteilungsschlüssel entwerfen.

Die **Außenpolitik der westlichen Staatengemeinschaft** während der letzten Jahrzehnte hat erheblich zur Destabilisierung der Region Naher und Mittlerer Osten beigetragen. Oberstes Ziel muss momentan eine Waffenruhe in Syrien sein, die Ermöglichung von sicheren Fluchtkorridoren in gut versorgte Auffanglager sowie die Austrocknung der Ressourcenzuströme des IS. Außenpolitisch kann die westliche Staatengemeinschaft nur durch eine konsequente Menschenrechtspolitik, Hilfe zu wirtschaftlicher Zusammenarbeit, Hilfe beim Aufbau von demokratischen Strukturen und einer funktionierenden Verwaltung sowie der

Verbesserung der Gesundheitsvorsorge und der Bildungsangebote terroristischen Gruppierungen wie dem IS den ideologischen Nährboden entziehen. Dazu gehört auch die sofortige Einstellung der Drohnenmorde durch die USA und die Rückkehr zu rechtsstaatlichen Prinzipien in der Sicherheitspolitik.

Wir begrüßen die nachahmenswerten Anstrengungen der hessischen Landesregierung bei der Unterbringung und Integration von Flüchtlingen, wie sie im **Hessischen Aktionsplan** zur Integration von Flüchtlingen dargelegt sind. Diese umfassen eine beträchtliche Aufstockung der finanziellen Mittel für die Kommunen, ein Förderprogramm im Umfang von 1 Milliarde zur Schaffung von neuem und bezahlbarem Wohnraum, Maßnahmen zur Verbesserung von Abläufen und Strukturen bei der Aufnahme von Flüchtlingen, zusätzliche Kapazitäten für KITAS und Schulen, Fördermaßnahmen beim Spracherwerb und beim Zugang zum Arbeitsmarkt, Einführung der Gesundheitskarte sowie Verbesserung von Schutz und Sicherheit der Flüchtlinge. Wir rufen alle Bundesländer dazu auf, ähnliche Maßnahmen zu ergreifen. Zudem regen wir einen europäischen Aktionsplan für Migration und Asyl für ein gemeinsames Vorgehen der EU-Staaten an. Daneben muss ein System der Arbeitsmigration geschaffen werden, ohne den Flüchtlingsschutz zu beeinträchtigen.

Für **Wiesbaden** schlagen wir unter dem Motto „**Integration beginnt am ersten Tag**“ einen **kommunalen Aktionsplan** vor, der folgende Maßnahmen umfassen soll:

- Vermittlung elementarer Grundkenntnisse über Sprache, Land und Leute schon in den Erstaufnahmeeinrichtungen für alle Flüchtlinge. Bereitstellung hierfür erforderlicher finanzieller Mittel.
- Identifikation von Qualifikationen der Flüchtlinge (Potenzialanalyse): Einbringung ihrer Talente in der Flüchtlingsarbeit. Frühzeitiges Vermittlungsmanagement zum lokalen Arbeitsmarkt.
- Schaffung neuer Wege zur Anerkennung bzw. zum Erwerb von qualifizierten Abschlüssen.
- Zusammenführung aller beteiligten Akteure auf kommunaler Ebene am Runden Tisch für Flüchtlingsfragen.
- Mittelfristig streben wir eine dezentrale Unterbringung der Flüchtlinge in kleinen bis mittleren Wohneinheiten an. Eine Konzentration in einzelnen Stadtteilen ist zu vermeiden. Wir ziehen eine Nutzung aller Leerstände etwaigen Neubauten vor.
- Förderung eines Netzwerks aus bürgerschaftlichem Engagement in der unmittelbaren Nähe der Unterkünfte.
- Personelle und finanzielle Absicherung der Integrationsarbeit von Flüchtlingsrat, Freiwilligenzentrum, Volkshochschule und Volksbildungswerk.

Wir sind überzeugt, dass Angst und Fremdenfeindlichkeit die falschen Antworten auf die aktuelle Situation sind. Wenn wir jedoch mit einer Stärkung der Willkommenskultur, mit Pragmatismus, mit Solidarität und neuen Ansätzen in der Außenpolitik die Sache angehen, werden wir die Situation bewältigen und sogar gestärkt daraus hervor gehen.